

## Entschließungsantrag

---

der Abgeordneten Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner, MSc, Gabriele Heinisch-Hosek,  
Genossinnen und Genossen

betreffend klares Bekenntnis der Bundesregierung gegen Rassismus, Diskriminierung und  
Polizeigewalt in den USA

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über  
den Antrag 593/A (E) der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen betreffend  
Ein starkes Zeichen gegen Hassverbrechen und Diskriminierung von LGBTIQ-Personen  
setzen (213 d.B.) (Top 22)

Die Weltöffentlichkeit ist schockiert und betroffen über den grauenhaften Tod des  
Afroamerikaners George Floyd, der infolge eines brutalen Polizeieinsatzes verstarb. Dieser  
erschütternde Vorfall hat zu einer Welle von Protesten gegen Rassismus, Ungleichbehandlung  
und Polizeibrutalität quer durch die Vereinigten Staaten geführt.

Medien und auch viele prominente US-BürgerInnen berichteten in den letzten Tagen von  
Übergriffen der Polizei am Rande friedlicher Demonstrationen. So soll US-Präsident Trump  
Bundesbeamte angewiesen haben, Tränengas und Gummigeschosse gegen  
AmerikanerInnen einzusetzen, die friedlich protestierten. Darüber hinaus soll US-Präsident  
Trump gedroht haben, Soldaten gegen die Protestierenden in den USA einzusetzen. Diese  
Gewaltandrohung ist erschütternd und auf das Schärfste zurückzuweisen.

Mittlerweile wurde auch ein weiterer Vorfall in den USA bekannt, bei welchem ein junger  
Amerikaner bei einem Polizeieinsatz ums Leben kann. Dies hat die Proteste ein weiteres Mal  
aufflammen lassen und zeigt, dass der Tod George Floyds kein Einzelfall ist. 5367 Personen  
wurden Medienberichten seit Anfang 2015 in den USA von der Polizei erschossen, 1265 davon  
waren Afroamerikaner.

Der Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung, das Recht auf freie Meinungsäußerung und  
das Demonstrationsrecht dürfen nicht eingeschränkt werden. Die Ausübung staatlicher Macht  
hat den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit zu entsprechen. Dazu muss es neben  
einer klaren Position der österreichischen Bundesregierung auch eine klare Positionierung der  
Europäischen Union geben. Dieses Vorgehen des amerikanischen Präsidenten ist aufs  
Schärfste zu verurteilen.

Zum Thema Menschenrechte heißt es im Regierungsübereinkommen der österreichischen  
Bundesregierung: „Österreich bekennt sich zu einem umfassenden Menschenrechtsschutz als  
fester und integraler Bestandteil der österreichischen Außenpolitik.“

Gerade Österreich als Sitzstaat der Vereinten Nationen und der OSZE sollte zu Polizeigewalt  
und Rassismus nicht schweigen, auch nicht zu Maßnahmen, die darauf hinauslaufen das  
Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht einzuschränken.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

### Entschließungsantrag

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Der Bundeskanzler und der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden im Zusammenhang mit dem gewaltsamen Tod von George Floyd bei einem Polizeieinsatz aufgefordert, jegliche Form von Rassismus zu verurteilen, klare Worte gegen die brutale Vorgehensweise der amerikanischen Polizei zu finden und sich klar gegen Maßnahmen auszusprechen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht einschränken. Darüber hinaus werden der Bundeskanzler und der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten aufgefordert, sich in diesem Sinn für eine einheitliche Stellungnahme in der Europäischen Union einzusetzen.“

*Adelstein-Horrel*  
*Vorst*  
*Zelent*  
*W. Kamin*  
*U. B. S.*

